

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Geis. Umf. Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Komparillzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-
luche 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 3

Dresden, Dienstag den 5. Januar 1926

37. Jahrg.

Um die Regierungsbildung

Hermann Müller über die politische Lage — Berliner Funktionärskonferenz gegen die große Koalition

D. Berlin, 5. Jan. (Eig. Zuspruch.) Vor den Partei- und Gewerkschaftsfunktionären Groß-Berlins sprach am Montagabend der Parteivorsitzende Genosse Hermann Müller über die innerpolitische Lage und die Regierungsbildung. Er ging auf die durch das Verhalten der Deutschnationalen bei der Abstimmung über Locarno bedingte Regierungsbildung ein; das Zentrum sei sich darüber einig gewesen, daß für das Zentrum eine andere als die Große Koalition nicht in Frage komme. Von der Volkspartei sei eine klare Haltung nicht zu erwarten gewesen. Wer die Entwicklung der Politik aufmerksam verfolgt habe, werde darüber nicht im unklaren sein, daß die Zeit wieder nahe, in der es zu einer Regierung der Großen Koalition komme. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß man sich über die Grundlagen einig werde, auf denen die Politik der neuen Regierung geführt werden solle. Und schließlich müsse auch ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis bestehen. Hermann Müller erwähnte dann, daß unter den für die Bildung einer Großen Koalition in Frage kommenden Parteien schon über die Parteienabstimmung keine Einigung erzielt werden konnte, da das Zentrum nicht mitmachte. Die Regierungsbildung sei weiter aber auch an den sozialpolitischen Forderungen. Zur Konsolidation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag wolle auch Englands Ratifizierung haben. Strittig blieb ferner die Frage der paritätischen Besetzung der Industrie-, Landwirtschafts- und Handelskammern. Auch über die Ausgestaltung der Gewerkschaftsfrage kam keine Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien zustande. Die von der Sozialdemokratie geforderte Offenlegung der Steuerlisten fand stärksten Widerpruch.

Hermann Müller erörterte dann die Frage, was nun kommen solle. Stegerwald habe die Antwort gegeben: Regierung auf stabiler Grundlage oder Ermächtigungsgesetz oder — Auflösung. Zentrum und Volkspartei verspielen aber nicht viel Lust zu einer Auflösung. Ein Ermächtigungsgesetz sei nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten möglich. Vielleicht verusche man nun eine Regierung der Mitte zu bilden. In der entscheidenden Frage der Außenpolitik sei eine Unterstützung durch die Sozialdemokratie durchaus möglich. Diese habe aber allen Grund, sich zu hüten, in einer Großen Koalition in Schwierigkeiten zu kommen, die sie bereits einmal erlebt habe.

Nach lebhafter Diskussion wurde gegen eine starke Minderheit eine Entschließung angenommen, in der die Berliner Funktionäre billigen, daß die Reichstagsfraktion die Bildung der Regierung der Großen Koalition ablehnt. Vielmehr wird die Meinung ausgesprochen, daß die Fraktion abermals die Beteiligung an der Großen Koalition ablehnt, wenn der Versuch zu ihrer Bildung erneut gemacht werden sollte.

Der Beisatz der Berliner Funktionäre scheint uns durchaus am Platze. In der bürgerlichen Presse wird versucht, die Diskussion über die Große Koalition in Frage zu stellen. Auch manche Genossen haben die Meinung, die Frage

der Großen Koalition erneut zu prüfen. So verbreitet der Parlamentsdienst zwei Artikel des Genossen David, der sich für die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung der Großen Koalition ausspricht. Wir denken nicht daran, wieder in eine Diskussion hineinzusteigen. An dem Verhalten der bürgerlichen Parteien und an den allgemeinen politischen Verhältnissen hat sich nichts geändert, was zu der Hoffnung berechtigt, daß mit der Volkspartei auf der von der Sozialdemokratie fixierten Grundlage zu regieren wäre. Im übrigen haben die verantwortlichen Köpfe der Sozialdemokratie gesprochen und neue Tatsachen, die eine Veränderung der bisherigen Entscheidungen erforderlich erscheinen lassen, liegen nicht vor. Wenn den bürgerlichen Parteien so viel daran liegt, die Sozialdemokratie in die Regierung hineinzubekommen, so müssen sie zunächst einmal die sozialdemokratischen Bedingungen annehmen. Dann erst kann unsere Partei erneut prüfen, ob die nötigen Sicherheiten dafür gegeben sind, daß während der Dauer einer Großen Koalition eine für die Sozialdemokratie erträgliche Politik getrieben wird. Die bürgerlichen Parteien müssen erst einmal den Beweis dafür erbringen, daß sie auf die Sozialdemokratie die gebührende Rücksicht nehmen wollen. Die Partei muß sich vor der Gefahr hüten, daß sie nach ihrem Eintritt in die Regierung ähnliche Dinge erlebt wie zur Zeit ihrer Beteiligung an der Großen Koalition im Jahre 1923. Der Glaube daran, daß uns diese Sicherheit gegeben werden kann, fehlt uns. Darum haben wir uns gegen die Große Koalition ausgesprochen.

Druckversuche des Zentrums in Preußen

SPD. Berlin, 5. Januar. (Eig. Zuspruch.) Zur Frage der Regierungsbildung weiß der demokratische Zeitungsdienst zu melden: Das Zentrum hatte vor Weihnachten beschlossen, noch einmal die Frage der Großen Koalition zur Entscheidung zu bringen. Gleichzeitig ergab sich aus der Art dieses Beschlusses, daß damit auch die Frage der preussischen Regierung unter Umständen mit in Aussicht gezogen werden sollte. Man kann wohl annehmen, daß die Sozialdemokratie die Aktion des Zentrums in dieser Hinsicht richtig verstanden hat, denn die Hinzuziehung der Zentrumskräfte des Preussischen Landtags ist ein deutlich sichtbares Zeichen. Die Sozialdemokratische Partei wird die Aktion des Zentrums entschieden unterstützen. Aus dieser Sachlage ergibt sich aber, daß jeder Versuch zur Regierungsbildung vor der Entscheidung des Zentrums und der Demokraten von vornherein zum Scheitern verurteilt wird. Die beiden genannten Parteien werden sich nicht zu einer anderen Kombination bereit finden, solange nicht das Ergebnis der Regierungsbildung endgültig feststeht. Daraus ergibt sich, daß es zur Zeit, weil ausstehend, auch nicht zweckmäßig sein dürfte, sich zu versuchen, eine neue Lösung etwa mit einer neuen Personalität herbeizuführen. Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung würde die Verwendung einer neuen Persönlichkeit zur Regierungsbildung eher eine unüberlegte Verzögerung als eine notwendige Beschleunigung bedeuten.

rochliche Entscheidung, mit der Annahme als einer gegebenen Tatsache in politischen Leben Rumänien und des Auslandes zu rechnen ist. In politischen Kreisen von Bukarest verkennt man keineswegs den politischen Charakter dieser kronprinzlichen Abdankung. So wie die Dinge in Rumänien liegen, ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß im Falle eines baldigen Ablebens des Königs Ferdinand mit der dann notwendigen Einsetzung einer Regentschaft zugleich auch in Rumänien die Frage der Staatsform überhaupt aufgeworfen werden könnte.

Bessere Meldungen aus Bukarest besagen, daß die beiden Rumänen den Kronprinz Carol zur Kenntnis nahmen. Das Geschick, das der vierjährige Sohn Carols zum Kronprinzen ernannt wurde, wurde angenommen. Angeblich haben Sportler versucht, Demonstrationen zugunsten Carols zu unternehmen. Meldungen deutscher bürgerlicher Blätter behaupten, Carol sei zum Verzicht wegen seiner „deutschfreundlichen Stimmung“ gezwungen worden. Geleugert wird nicht, daß Carol an der Spitze einer Clique stand, die durch Staatsstreik und Gewalt die Macht usurpieren wollte, um Oranien und das ganze Regime zu befeitigen und durch Militär nach faschistischen Methoden zu diktieren. Das sei rechtzeitig entdeckt und Carol zur Verzichtleistung gezwungen worden. Die Wahrheit über all diese Angaben wird man erst später erfahren.

Regierungswechsel in Bulgarien

O. Sofia, 4. Januar. (Eig. Draht.) Der Konflikt zwischen dem bulgarischen Parlament und der Regierung Jankoff hat in der Nacht zum Sonntag zum Montag zur Bildung eines neuen Kabinetts geführt, an dessen Spitze der Abgeordnete und frühere Finanzminister Djapichew steht, der gleichzeitig das Innenministerium verwaltet. Das Außenministerium übernahm Michail Wladjarski, der früher bulgarischer Gesandter in Petersburg und London war.

Durch die rasche Neubildung der Regierung ist die Gefahr vermieden worden, daß die Regierungspartei auseinanderfiel, weil ein Teil ihrer Mitglieder, vor allem die moskowschen Abgeordneten, mit der Außenpolitik Jankoffs nicht mehr einverstanden war. In sich dürfte das neue Kabinett im großen und ganzen die Jansen- und auch die Außenpolitik der Regierung Jankoff fortzuführen. Aber von Bedeutung, zumal in außenpolitischer Hinsicht, ist immerhin, daß Wladjarski, der früher in innerparlamentarischen Verhältnissen, während der Regierung Jankoff immer noch Revolutionscharakter trug,

Das Reichsbankjubiläum

Von Hermann Arnold-Steinhaus

In jeder Wirtschaftsgesellschaft von einigermaßen erheblicher Größe gibt es Aufgaben wirtschaftlicher Natur, die nur unter Zuhilfenahme der politisch organisierten Gewalt (der Staatsgewalt) dieser Gesellschaft gelöst werden können. Das Urteil darüber, welche Aufgaben im einzelnen zu diesen gehören, schwankt freilich von einem Zeitalter zum andern, und zu derselben Zeit sind die verschiedenen wirtschaftlichen Richtungen der Volkswirtschaftslehre und die einzelnen politischen Gruppen der Gesellschaft darüber recht verschiedener Meinung. Man denke nur daran, daß z. B. die Eisenbahnen infolge der Meinungsverschiedenheiten in manchen Ländern (z. B. Deutschland) von der öffentlichen Gewalt, in andern (z. B. den Vereinigten Staaten von Amerika) von privaten Kapitalisten betrieben werden. Aber über eine Frage jedenfalls ist man sich seit langem überall klar: daß nämlich die Regelung des Geldwesens in der modernen Wirtschaft in weitem Umfange der Wirkung des Staates unterworfen werden muß.

Schon die Münzprägung wird deshalb überall vom Staat für sich in Anspruch genommen; denn sonst besteht keine Gewähr dafür, daß die Münze auch wirklich den durch den Prägeempel beiderseitig, gleichschickeligen Gehalt an wertvollem Metall hat. Dieser Anspruch des Staates verdrängt auch nicht, als die Geldversorgung der großen Städte in der Wirtschaft sich in neuerer Zeit immer mehr von der Verwendung effektiver Münzen (schon ihres hohen Gewichtes wegen) löst und zur Verwendung von Scheinen auf Metallgeld (Banknoten) sowie auf Scheinen und Anweisungen auf Banknoten (Giroabrechnungen und Schecks) überging. Im Gegenteil: der Staat hat bald erkannt, daß diese modernen, seit etwa 100 Jahren vollzogene Umgestaltung des Geldwesens (die noch keineswegs abgeschlossen ist) der Regelung durch öffentliches Recht dringend bedarf, er hat dafür überall Gesetze geschaffen und ist nach und nach auch zur Begründung eigener, diesem Zweck gewidmeter Notenbanken übergegangen, von denen die bekannteste und einflussreichste die Bank von England, durch die Verlaste vor reichlich zwei Drittel Jahrhunderten verstaatlicht, war. In den meisten Ländern wurde der Gewinn aus dem Betriebe der Notenbank an die Staatskasse ganz oder teilweise abgeführt, so daß der Staat also auch ein Interesse daran hat, daß diese Banken privatwirtschaftlich profitierlich arbeiten.

In Deutschland hatte vor der Einigung auf dem, wie wir heute wissen, nicht empfehlenswerten Wege von Blut und Eisen dieses fiskalische Geldinteresse dazu geführt, daß im neugegründeten Reich 1871 nicht weniger als sieben verschiedene Münzsysteme und 33 Notenbanken bestanden und daß von den 24 Einzelstaaten nicht weniger als 22 daneben noch eigenes Staatspapiergeld druckten. Wenn am 2. Januar dieses Jahres die Reichsbank für 50jähriges Bestehen „feiern“ konnte, so verdankt sie das dem Umstand, daß der Reichstag in den Jahren 1874 und 1875 jenem Zustand der Verwirrung und durch zwei Gesetze von 1875, das Bankgesetz vom 14. März und das Münzgesetz vom 9. Juli, eine Reichswährung schuf, 28 Notenbanken stilllegte, vier (Bavarn, Württemberg, Sachsen, Baden) in Abhängigkeit von der Reichsbank brachte und die größte, die preussische Notenbank, zur Reichsbank erhob. Daneben wurde der Druck von Staatspapiergeld den Einzelstaaten genommen und dem Reich vorbehalten, und Metallgeld, Staatspapiergeld und Banknoten wurden in einen festen gesetzlichen Zusammenhang auf der Grundlage der Goldwährung gebracht.

Mit dem Vordringen höherer kapitalistischer Wirtschaftssysteme drang nun aber nach und nach auch in Deutschland der bargeldlose Verkehr weiter vor. Die Reichsbank als diejenige Stelle, die dank dem Gesetz des Vorrechts hatte, durch Edelmetall nicht gedecktes Papiergeld zu schaffen, wurde dadurch die Zentralstelle der Versorgung der Wirtschaft mit flüssigen Kapitalien: die Diskontierung von Wechseln und der ausgleichende Kontokorrentverkehr der Großfirmen vollzogen sich infolgedessen immer stärker bei ihr. Dadurch hatte sie die Möglichkeit erworben, die Geldversorgung der Wirtschaft zu regeln, und zwar durch zwei Mittel: die Kontingentierung und die Diskontopolitik.

Ohne die Kontingentierung geht es nie. Die Vorschriften freilich, nach denen sie erfolgt, können sehr verschieden sein. Früher und heute geschah das geschicklich dadurch, daß ein Höchstbetrag der Noten festgelegt wurde, den die Reichsbank in Umlauf setzen darf; früher aber geschah das durch eine feste Summe, das „Kontingent“, heute durch eine Bordereite, die besagt, daß den umlaufenden Noten stets 90 Prozent Gold und 10 Prozent „bedingungslos“ (weil Wechsel und Schecks auf im Ausland zahlbares ausländisches Geld) in der Reichsbank gegenüberstellen müssen. Aber das Kontingent ist „nicht starr“, d. h. es darf überschritten werden, dann muß aber für den das Kontingent übersteigenden Betrag eine Steuer abgeführt werden, so daß schon das eigene Interesse am Reingewinn die Reichsbank nötigt, so schnell wie möglich wieder die Ueberdeckung zu befeitigen. Darin, daß hier auf das privatwirtschaftliche Interesse der Reichsbank zur Erreichung eines volkswirtschaftlichen Zwecks (Zwang der Wirtschaft vor Geldüberfüllung — Währungsinstabilität, Inflation —) gerechnet wird, liegt die Hauptrechtfertigung dafür, daß die

Carols Umtriebe

Der Bericht des rumänischen Kronprinzen auf die Thronfolge ist für eine bestimmte deutsche Presse ein billiges Spezialvergnügen. Telefongespräche mit Rumänien sind nicht möglich, und da infolge der innerpolitischen Vorgänge und der Telegrammüberfälle selbst mit den angrenzenden Staaten nicht ungehindert vor sich gehen kann, vermag ein Sensationsblatt mehr wie das andre ohne Kontrolle über die Tatsachen des Berichtes zu phantazieren. Eine Beurteilung der Verhältnisse ist deshalb vorläufig nur durch briefliche Berichte möglich. Auch sie sind unter dem jetzigen Regime in Rumänien nicht immer ganz leicht über die Grenze zu bringen, und besonders einen journalistischen Korrespondenten dürfte es je nach Art seiner Berichte auf längere oder längere Zeit die Freiheit kosten, wenn man ihn bei der Wahrheit ertrappen würde. Unter Verhütung dieser Verhältnisse ist auch der nachstehende Bericht von dem Korrespondenten des „Tag. Presse“ in Bukarest zu betrachten. Er schreibt: „Der unmittelbare Anlaß für den bisherigen Kronprinzen hat zwar, wie das bei seiner bekannten Veranlagung und erblichen Weltanschauung nicht zu verwundern ist, weder ein Reiches abenteuer gegeben. Die meisten Ursachen liegen aber tiefer und sind politischer Natur. Kronprinz Carol war längst bekannt als Anhänger des Faschismus. Je mehr er sich für faschistische Maßnahmen und politische Gewaltmethoden begeisterte, desto härter geriet er in Gegensatz zu der gegenwärtig in Rumänien herrschenden liberalen Partei, und vor allem zu dem Ministerpräsidenten Bratianu, der seinerseits als ausgeprägter Anhänger der Königin Maria an dieser eine sehr starke Stütze hat. Der Konflikt zwischen dem Thronfolger und der Regierung wurde immer schärfer, weil das Kabinett und die regierende Partei in dem von Carol beherrschten Parlament eine Gefahr für ihre beherrschende Stellung sahen. In einem akuten Streit kam es dann zwischen dem Prinzen und der liberalen Regierung, als diese kürzlich eine Flugzeuglieferung rückgängig machen und im Zusammenhang damit gegen einige höhere Militärbeamte eine Untersuchung einleiten ließ. Prinz Carol, der Kommandant der rumänischen Fliegertruppe war, sah in diesem Vorhaben der Regierung eine persönliche Beleidigung. Das Eingreifen der Regierung mußte für ihn um so unangenehmer sein, als ungewissen bekannt geworden ist, daß es sich bei dieser Beleidigung um ein unfauberes Geschäft handelte. Es wurden sogar Stimmen laut, die wissen wollten, daß der Prinz denjenigen, die beim Abschluß dieses Geschäftes mitspielen hatten, recht nahe stand.“

Der Mordtät des rumänischen Kronprinzen ist eine staats-